Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ÜBERFORDERTE STAATSHAUSHALTE

Praktisch alle westlichen Staaten leiden an überforderten Staatshaushalten. Sie signalisieren ein *gemeinsames Gebrechen,* nämlich Regierungsprogramme mit einer Ausgabenwirksamkeit, die nun an die Grenzen der Finanzierbarkeit stossen. Und in praktisch ebenfalls allen Staaten zeigt sich, dass der Umbau einmal «zementierter» Ausgabenstrukturen im politischen Entscheidungsapparat wesentlich schwieriger durchzusetzen ist als eine zügige Fortschreibung der Ausgabenpolitik. Dieses Phänomen ist auch leicht erklärlich, weil mit der Ausgestaltung der Staatshaushalte zu gewaltigen finanzpolitischen Umwälzpumpen jene Kreise, die tatsächlich oder vermeintlich zu profitieren glauben, immer grösser geworden sind. Trotzdem scheint es nun unausweichlich zu werden, dass das Problem der Staatshaushalte vom *Grundsatz* her angepackt werden muss. Dilatorische oder pragmatische Lösungen mögen vielleicht da und dort noch etwas Linderung auf Zeit verschaffen. Eine dauerhafte Korrektur aber, eine echte Gesundung, liegt mit solchen Mittelchen nicht mehr drin. Eine schwere Lungenentzündung kann nicht mit Lindenblütentee kuriert werden.

Wo liegt das Krebsübel? Staatshaushalte sind letztlich der Reflex einer bestimmten *Mentalität* mit politischer Wirkung. Im höchst aufschlussreichen und lesenswerten Buch «*Wachsende Staatshaushalte*» (Ein internationaler Vergleich der Ursachen, Probleme und Begrenzungsmöglichkeiten, herausgegeben im Auftrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, Verlag Bonn-Aktuell, Juli 1979) weisen die Herausgeber in überzeugender Weise darauf hin, dass sich die Mentalitätsänderung schon an den Ansprüchen ablesen lässt, die in den verschiedenen gängigen Staatsbezeichnungen zum Ausdruck kommen: Versorgungsstaat, Wohlfahrtsstaat, Sozialstaat, Leistungsstaat, Verwaltungsstaat, Umverteilungsstaat. Er wird als Superorganisation aufgefasst, die sich um alles und jedes zu kümmern hat. Verhängnisvoll hat sich bei dieser Lage ausgewirkt, dass die Staatstätigkeit *keinen normativen Grenzen* unterworfen ist. «Im Gewande des Sozialstaates tritt er als grosser Verführer auf und wird zugleich mit grenzenlosen Erwartungen und dem von ihm selbst suggerierten Glauben an die Grenzenlosigkeit seiner Leistungskraft konfrontiert.»

Und tatsächlich ist denn auch zu diagnostizieren, dass der Politik, die solches bewirkt hat, die Fähigkeit abhanden gekommen ist, die Aktivitäten des Staates nach normativen Werten auszurichten, die angeben, was dieser Staat überhaupt leisten *soll.* Deshalb vor allem waren die Schleusen für eine expansive Ausdehnung der staatlichen Pflichtenhefte weit geöffnet. Und dies eben nicht zuletzt mit dem Ergebnis, dass das Bild eines Bürgers, der seinem Schicksal gegenüber auch noch eine gewisse Eigenverantwortlichkeit zu tragen hat, mehr

und mehr zerstört wurde. Erst jetzt wird erkennbar, dass sich hinter der Maske des kollektiv-betreuenden Wohlfahrtsstaates der alte bürokratische Obrigkeitsstaat versteckt, der eben nicht nur Sicherheit vorgaukelt, sondern freiheitseinengende und Willkür verbreitende Verhaltensweisen annimmt. Er schanzt jenen die grössten Prämien zu, die sich durch den Dschungel der sozial wohlgemeinten Sondergesetze am fleissigsten durcharbeiten und sie am raffiniertesten auszunutzen verstehen (Prof. Wolfgang Stützel, «Systemkonforme Sozialpolitik», in: «Wirtschaftsdienst», September 1980).

Die Rückkehr zu ausgewogenen öffentlichen Haushalten ist aus diesem Grunde nur noch auf dem Hintergrund einer *Grundsatzdebatte* darüber möglich, wie die Stellung des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft sein soll. Die Schweiz macht von dieser Diagnose keine Ausnahme.

Willy Linder

PROBLEMATISCHE «PERSÖNLICHKEITSWAHLEN»

Die schweizerische Politik steht im Ruf, langweilig und ohne Profil zu sein. Die schlechten Stimmbeteiligungen werden von den Systemanalytikern zu einem beträchtlichen Teil diesem Sachverhalt zugeschrieben: Aktive politische Partizipation setze in einer Zeit des Überangebots an Information und Freizeitkultur attraktivere Formen des Politisierens voraus; mit dem Hinweis auf solide Vorarbeit repräsentativer Gremien und konkordanzdemokratische Ausgewogenheit von Abstimmungsvorlagen allein sei diese Voraussetzung nicht mehr zu gewährleisten.

Was die Wahlen betreffe, so seien die üblichen Positionskämpfe auf langen Proporzlisten eben eher abstossend als animierend, ganz abgesehen davon, dass angesichts der mannigfaltigen und entsprechend häufig zitierten «Sachzwänge» ohnehin der Eindruck vorherrsche, es komme gar nicht mehr so sehr darauf an, wer im einzelnen «nach Bern» delegiert werde. Bis vor kurzem fehlte hierzulande in solchen Diskussionen meist auch der Seitenblick aufs Ausland nicht: Man solle sich vermehrt ein Beispiel etwa an den Deutschen nehmen; dort werde – wie die Fernsehübertragungen zeigten – mehr im direkten Schlagabtausch und von klaren gemeinverständlichen Positionen aus gekämpft, womit auch die öffentliche Aufmerksamkeit stärker geweckt werde.

Inzwischen zeichnet sich ein gewisser Stimmungswandel ab. Die im Fernsehzeitalter immer stärker prononcierte weltweite Zuspitzung der Wahlkämpfe auf persönliche Duelle von einsamen parteipolitischen Führerfiguren scheint an Faszination einzubüssen. Der Prozess begann wohl mit dem letztjährigen österreichischen Duell zwischen Kreisky und Taus auf dem Hintergrund einer AKW-Kontroverse mit vertauschten Rollen (die SP-Regierung musste sich unter dem Beschuss einer wahltaktisch bedingten bürgerlichen Gegnerschaft als Befür-

worterin profilieren), nahm seine Fortsetzung in der unerbittlichen Abnützungsschlacht zwischen Schmidt und Strauss im deutschen Wahlkampf dieses Herbstes und scheint nun in der kritischen Begleitung des Kampfes um den Einzug ins Weisse Haus der USA zu kumulieren.

Am Beispiel Österreichs wurde manifest, wie ein landesweiter Trend – in diesem Fall gegen die Sozialdemokraten – am entscheidenden Stichtag auf Bundesebene ins Gegenteil verkehrt werden konnte, einerseits weil der «Kanzlerbonus» von Bruno Kreisky selbst für österreichische Verhältnisse besonders hoch war, anderseits weil sich sein bürgerlicher Gegenspieler in einer emotional aufgeladenen Sachfrage «(Zwentendorf)» aus rein kampagnetechnischen Gründen zu einem «Umfaller», das heisst zu einer nicht sachlich begründeten Kehrtwendung von beinahe 180 Grad hatte verleiten lassen.

Die Wahlen in der Bundesrepublik wurden ebenfalls so drastisch wie noch nie auf Grund einer personellen Konstellation und nicht durch gesamtpolitische Entwicklungen entschieden: Bereits im weiteren Vorfeld des Wahltags wurde klar, dass der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Franz Josef Strauss, nicht nur keine zusätzlichen «Wechselwähler» einbringen, sondern in einzelnen Landesteilen sogar Stammwähler zu Abwehrreaktionen veranlassen werde. Der amtierende Kanzler seinerseits profitierte nicht zuletzt deshalb weniger vom «Kanzlerbonus», weil er in der direkten TV-Konfrontation nach dem Empfinden weiter Kreise «unter seinem Niveau» operierte und auch allzu sehr die «Arroganz des Mächtigen» zur Schau trug. Der «lachende Dritte» war der FDP-Vorsitzende Genscher, der sich die Gelegenheit zu einem massiven Sympathiegewinn nicht entgehen liess, indem er den «menschlich anständigen», sachbezogenen, vermittelnd-überlegenen Spitzen- und «Alternativ»-Politiker herauskehrte und damit sich und seine Partei vorteilhaft vom zänkisch-kleinkarierten Schlagabtausch zwischen SPD und CDU/CSU abhob.

In den USA schliesslich, wo der extrem personifizierte Wahlkampf nicht eine Konsequenz der politischen Konsumgesellschaft im Fernsehzeitalter darstellt, sondern eine zweihundertjährige, konstitutionell verankerte und bedingte Tradition verkörpert, sind die Abnützungserscheinungen dieser Form der Auswahl politischer Spitzenkader besonders ausgeprägt. Bereits 1976 stand der Endkampf zwischen Ford und Carter im Zeichen allgemeiner Resignation – in dem Sinne etwa, dass die personelle Alternative gar keine wirklich politische Alternative sei, dass also der Wahlkampf gewissermassen seinen demokratischen Zweck verfehle. Dieses Gefühl der Ohnmacht hat sich nun angesichts des aktuellen Kandidatenangebots noch verstärkt und droht immer mehr auch zu einem bedenklichen Faktor der internationalen Politik zu werden.

Und das Fazit aus diesem Rundblick? Unser System der politischen Kaderauslese mag, wie die Politik überhaupt, langweiliger sein als dasjenige der Länder mit zugespitzt personifizierten Wahlkämpfen. Doch ist es dafür auch nicht mit der Hypothek belastet, dass politische Weichenstellungen und ihre langfristigen Vorbereitungen allzu sehr auf Grund von spezifisch unpolitischen Kriterien wie

der «Telegenität» oder der professionellen Tüchtigkeit von PR-Equipen entschieden (und auch vorentschieden) werden. Die Kumulierung von ausländischen Wahlen in spektakulären PR- und TV-Schaukämpfen lässt allerdings auch ein Problem sichtbar werden, mit dem unsere Parteien und Politiker ebenfalls schwer zu ringen haben: die Schwierigkeit nämlich, nicht nur in den spektakulären Extremsituationen von Wahlen und Abstimmungen, sondern vor allem auch in der konkreten, unattraktiven, aber letztlich für den Bürger ebenfalls entscheidenden Kärrnerarbeit des politischen Alltags von den Informationsmedien intensiv genug registriert und kritisch begleitet zu werden. Solange diese permanente Transparenz der politischen Abläufe nicht besser sichergestellt ist, so lange werden Wahl- und andere politische Kämpfe allzu sehr von politikfremden Faktoren und Rahmenbedingungen mitentschieden – zum Schaden einer Politik, für welche die vernünftige Gestaltung und Verwaltung der öffentlichen Ordnung Hauptzweck ist und bleibt, *jener* Form der Politik also, die diesen Namen wirklich verdient.

Richard Reich